

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Grundsätze fairer Praktika auch in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Auch wenn Praktika vorwiegend als Lernverhältnis definiert sind, leisten Praktikantinnen und Praktikanten bereits eine beachtliche Arbeit. Daher sollte ihnen grundsätzlich eine ihren Aufgaben und ihrer Arbeitsleistung angemessene Vergütung gewährt werden, sofern sie diese nicht bereits im Rahmen einer Ausbildung erhalten und das Praktikum nicht weniger als 4 Wochen beträgt. In den Fällen, wo bereits anderweitige Vergütungen gezahlt werden, sollte ein Ersatz praktikumsbezogener Aufwendungen, wie z. B. Fahrtkosten, sichergestellt werden.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Situation von Praktikantinnen und Praktikanten in Ministerien und Landesbehörden durch die Anlehnung an im Leitfaden für ein faires Praktikum der DGB-Jugend definierte Grundsätze zu verbessern,
- eine Richtlinie zu erlassen, auf deren Grundlage gesichert wird, dass mit allen Studierenden, die während ihres Studiums ein pflichtiges oder freiwilliges Praktikum im Landesdienst, in öffentlichen Einrichtungen und in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung absolvieren, vor Beginn des Praktikums eine vertragliche Regelung getroffen wird, die sich an den im Leitfaden für ein faires Praktikum definierten Kriterien orientiert,
- im Bündnis für Arbeit und an anderer geeigneter Stelle dafür zu werben, dass auch in allen weiteren Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern Regelungen in Anlehnung an die Grundsätze des Leitfadens für ein faires Praktikum getroffen werden.

Begründung:

Praktika sollen erste Berufserfahrungen ermöglichen, verbinden daher die praktische Tätigkeit mit einer Bildungskomponente und sind zeitlich befristet. Durch ein Praktikum soll theoretisches Wissen durch praktische Erfahrungen ergänzt und zudem der Übergang von Ausbildung und Studium ins Berufsleben erleichtert werden.

Allzu oft werden Praktika jedoch dazu genutzt, notwendige Arbeiten günstiger oder gar zum Nulltarif erledigen zu lassen. Hauptprobleme dabei sind die fehlende Entschädigung für die geleistete Arbeit, der Ersatz praktikumsbezogener Aufwendungen und fehlende vertragliche Regelungen. Zudem beklagen Praktikantinnen und Praktikanten mitunter die Qualität ihres Einsatzes, da sie auf die Ausführung einfacher Tätigkeiten beschränkt werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission 2012 einen Qualitätsrahmen für Praktika verabschiedet, der, ähnlich wie der Leitfaden für ein faires Praktikum der DGB- Jugend, Anhaltspunkte für eine einheitliche Regelung von Praktika bietet.

Zwar haben einzelne Grundsätze, wie die Entschädigung von Absolventen einer beruflichen Ausbildung bzw. eines Hochschulstudiums, Eingang ins Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie gefunden, andere sind jedoch unberücksichtigt geblieben. Ausnahmeregelungen sorgen dafür, dass Pflichtpraktika im Rahmen von Ausbildung und Studium und freiwillige Praktika bis zu einer Länge von drei Monaten generell unberücksichtigt bleiben. Doch auch während dieser Zeit wird bereits Beachtliches geleistet. Daher sollte eine Praktikumsentschädigung nebst Ersatz der praktikumsbezogenen Aufwendungen ermöglicht werden. Diese könnte sich an der Praktikantenrichtlinie des Bundes orientieren, die einen Mindestbetrag von 300 Euro vorsieht, ohne eine höhere Entschädigung auszuschließen.

Mecklenburg-Vorpommern benötigt sowohl für die Wirtschaft als auch für die Verwaltung motivierte Nachwuchskräfte. Das bloße Vorhandensein von Arbeitsplätzen und die Vorteile des öffentlichen Dienstes allein werden jedoch im Wettbewerb um die junge Generation genauso wenig ausreichen, wie der Verweis auf die demografische Entwicklung und sich daraus ergebende Chancen auf eine berufliche Perspektive in den Unternehmen des Landes. Wenn Nachwuchskräfte als Praktikantinnen und Praktikanten wochenlang ohne Vergütung Praktika in Ministerien und Landesbehörden absolvieren müssen, ist dies keine Empfehlung für die Aufnahme einer Tätigkeit in diesen Häusern, steht aber vor allem den Bestrebungen der EU entgegen.